

GASTKOMMENTAR

# Keine Wende ohne die EU

Die deutschen Klimaziele drohen zur Makulatur zu werden, warnen Oliver Geden und Andreas Löschel.

Vergangene Woche hat sich der Europäische Rat der 28 Staats- und Regierungschefs erstmals mit den Energie- und Klimazielen für das Jahr 2030 beschäftigt. Realistisch betrachtet, wird eine Entscheidung frühestens im Oktober fallen. Da der Beschluss Einstimmigkeit erfordert, wird er unterhalb der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Zielniveaus für Emissionsreduktionen und Ausbau der Erneuerbaren liegen. Für Deutschland wird das weit stärkere Auswirkungen haben als bislang wahrgenommen - vor allem beim Klimaschutz. Die Regierung stünde vor der Wahl, entweder Sektoren wie Wärme und Verkehr sehr viel stärker bei der Emissionsreduktion in die Pflicht zu nehmen - oder aber die nationalen Klimaziele deutlich abzuschwächen.

In der deutschen Energiewende-Debatte nehmen die EU-Verhandlungen nur eine Nebenrolle ein. Das liegt nicht etwa an mangelndem Engagement der Regierung; sie zählt in Brüssel erkennbar zu den ehrgeizigsten Akteuren. Vielmehr ist das deutsche Selbstverständnis als Vorreiter derart ausgeprägt, dass man sich energiepolitisch gerne für den Nabel der Welt hält – ein Deutungsmuster, das durch das EEG-Beihilfeverfahren erstmals auf eine harte Probe gestellt wird. Die deutsche Vorreiter-Erzählung geht so: "Wir treten selbstverständlich für ambitionierte Klima- und Erneuerbare-Ziele auf EU-Ebene ein. Aber wenn die anderen Mitgliedstaaten nicht zustimmen, dann ziehen wir es eben alleine durch. Die anderen Europäer werden uns schon folgen."

Mit der vollständigen Europäisierung des Emissionshandels (ETS) hat sich die Ausgangslage komplett verändert. Eine weniger ehrgeizige EU-Politik schlägt direkt auf die deutsche Klimapolitik durch. Die Bremser unter den EU-Mitgliedstaaten können Deutschland nun bei der effektiven Ausgestaltung seiner Vorreiterrolle behindern. Die Hälfte der deutschen Emissionen wird über ein europäisches Instrument reguliert und ist dem steuernden Zugriff der Bundesregierung faktisch entzogen. Somit hängt die Erreichung der Energiewende-Klimaziele (mindestens 40 Prozent bis 2020 und 55 Prozent bis 2030) entscheidend von der künftigen EU-Politik ab - also auch von Mitgliedstaaten wie Polen, Tschechien oder Ungarn, die im Europäischen Rat ein Vetorecht haben und die neue EU-Ziele an Fortschritte bei den Uno-Klimaverhandlungen koppeln wollen.

Aus deutscher Sicht gilt dabei: je schwächer der Preis für Emissionszertifikate - etwa aufgrund eines niedrigeren Ziels für 2030 oder einer ausbleibenden strukturellen ETS-Reform -, desto geringer die Transformationsgeschwindigkeit im Kraftwerkspark und in der Industrie. Die entstehende Lücke bei den deutschen Klimaschutzzielen muss dann durch zusätzliche Maßnahmen jenseits des ETS aufgefangen werden, also im Gebäude- und im Verkehrssektor. Dies wird nicht einfach, da Maßnahmen in diesen

Sektoren politisch schwer durchsetzbar sind und sich ökonomisch als teurer als gedacht erweisen könnten. Die absehbar schwachen EU-Beschlüsse und die zuletzt wieder leicht gestiegenen deutschen Emissionen machen deutlich: Folgt nach der eingeleiteten Stromwende nun nicht auch der Einstieg in eine Wärme- und Mobilitätswende, dann werden die deutschen Klimaziele endgültig Makulatur.

*Oliver Geden ist Klimaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Andreas Löschel leitet die Experten-Kommission zum Energiewende-Monitoring der Bundesregierung.*